

Newsletter

Winter 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Sehr geehrte Damen und Herren

Häufig verschärfen die grossen, internationalen Entwicklungen jene in unserem kleinen Land. Das sehen wir derzeit in verschiedenen Sachbereichen, welche für uns und aus Sicht der PG BFI bedeutungsvoll sind.

Dies trifft etwa im Bereich der mangelnden Fachkräfte in der Schweiz zu: Zwar geht die Zuwanderung aus diversen Gründen, namentlich auch wegen der sich global verbessernden wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Doch dieser, in moderater Masse aus Sicht vieler Schweizer durchaus wünschenswerte Trend verschärft bloss den konstanten Mangel an Fachkräften in unserem Land.

Anderweitig sehen wir dies etwa bei den Gesundheitskosten. Erfreulicherweise wird unsere Bevölkerung immer älter. Bei den Gesundheitsausgaben ist jedoch noch kein innovativer Ansatz erkennbar, wie sich diese nachhaltig und wirksam dämpfen liessen, ohne dabei Qualität und die Zugänglichkeit des Gesundheitssystems in Mitleidenschaft zu ziehen.

Gerne lade ich Sie ein: Werden auch Sie Mitglied der PG BFI. Mindestens zweimal jährlich laden wir Sie, liebe Kollegin, lieber Kollege, zu Veranstaltungen ein mit hochkarätigen Referenten, die als Vertreter der Wirtschaft, der Forschung und des Bildungssektors wie der Behörden über Neuerungen, Innovationen und Trends weltweit informieren. Senden Sie uns dazu bitte einfach die beiliegende Beitrittserklärung zur PG BFI zurück.

Bitte merken Sie sich auch unseren Anlass im kommenden März vor: **Dieser findet am Donnerstag, 15. März 2018 statt**, mittags im Hotel Bellevue Palace.

Fachkräfte-Mangel bleibt Herausforderung für die Schweiz

Der Bundesrat versucht seit 2011, mit der sogenannten «Fachkräfteinitiative» den Mangel an Fachkräften in der Schweiz wettzumachen. Der jüngste Monitoringbericht von Ende Oktober 2017 zeigt, wie schwierig dies nach wie vor ist. Ein 44 Massnahmen umfassender Aktionsplan mag die Situation nicht wirklich zu entspannen. Der Aktionsplan soll helfen, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen. Hinzu kommen die Auswirkungen des demografischen Wandels. Die Digitalisierung trägt schliesslich das ihre dazu bei, dass die Schweiz mit einem vergleichsweise hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften in allen Bereichen weiterhin ein Problem hat. Klar wird: Ein staatlicher Plan wird dieses nicht entschärfen. Wirtschaft und jeder einzelne Betrieb müssen entsprechende Anstrengungen unternehmen, damit junge und ältere Arbeitskräfte – und dabei im Speziellen die Frauen – entsprechende Anreize erhalten. Vermutlich wird die neue Stellenmeldepflicht bei der Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials ergänzend wirken – aber keinesfalls die Lösung des Problems darstellen.

(Genügend) Mittel für Bildung, Forschung und Innovation

Obschon der Bundeshaushalt auch 2017 wesentlich besser abschneidet als prognostiziert, bleibe es eng, vermeldet der Bundesrat: Erst 2021 ist laut Finanzverwaltung mit einem ausgeglichenen Budget zu rechnen. Sparvorhaben, wie sie bis und mit 2019 geplant sind, erfassen auch den Bereich der Bildung, Forschung und Innovation.

Wir erörtern es an dieser Stelle laufend: Bereits der laufende Zahlungsrahmen bis 2020 ist jedoch zu tief, um den nötigen Mittelanstieg zu sichern. Gleichzeitig gilt: Zukunftssichernde Investitionen, die sich dann auch volkswirtschaftlich messen lassen, macht die Schweiz am Besten im Bildungsbereich. Hier schaffen wir nachhaltig Kapital.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Ankündigung des ETH-Rates zu lesen, ab Herbst 2019 die Gebühren für Studierende der ETH Zürich und der EPFL erhöhen zu wollen. Gestaffelt über zwei Jahre sollen die jährlichen Gebühren um 500 Franken ansteigen. Die Erhöhung von heute 1'160 Franken auf 1'660 Franken im Jahr 2020 ist substanziell. Diese Einnahmen sollen vor allem in die Lehre investiert werden. Der ETH-Rat will im Frühling 2018 nach interner Vernehmlassung und nach einer Ämterkonsultation definitiv entscheiden.

Das Parlament wird zu diesem Vorhaben, welches seit Jahren in Diskussion ist, nicht konsultiert. Es ist jedoch wichtig und richtig, wenn wir uns hier eine Meinung bilden. Tatsächlich erfolgte die letzte Erhöhung der Gebühren 2004 (in Form einer Teuerungsanpassung). International läge die Schweiz mit diesen neuen ETH-Gebühren im Durchschnitt.

Parlament – Wintersession 2017

Taugliche Übergangslösung für Erasmus+

17.031 Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020, Bundesrats-Vorlage

NR 27. November

Mit der Botschaft 2018-2020 zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung 2018-2020 soll sichergestellt werden, dass die Förderung von Austausch und Mobilität auf internationaler Ebene auch weiterhin stattfinden kann. Dies stellt eine taugliche Übergangslösung dar, bis allenfalls wieder eine Assoziierung am Programm Erasmus+ geregelt wäre. Diese ist derzeit sistiert. Die Finanzkommission des Nationalrates empfiehlt nun, den Kredit von 114,5 Mio. um 9,3 Mio. Franken zu kürzen. Dies betrifft die Förderung von Kooperationen mit ausländischen Bildungsinstitutionen. Wir werden in der Wintersession Gelegenheit haben, diese Frage vertieft zu diskutieren. Dabei wird es gleichzeitig auch um die Frage gehen, wie schnell die Schweiz Verhandlungen mit der EU über eine Schweizer Assoziierung am Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 aufnehmen will. Der Ständerat drängt darauf, diesen Prozess raschmöglichst in Gang zu setzen.

JA zum Förderkredit zur internationalen Mobilität in der Bildung.

**Medizinstudium soll ohne Eignungstest (Praktikum) zugänglich sein
SR, 6. Dezember (Mo. 15.3687)**

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) hatte in heikler Sache zu entscheiden: Die Motion 15.3687 (Mo. Humbel, welcher der Nationalrat zustimmte) verlangte die Einführung eines obligatorischen Praktikums, welches dann als Eignungsnachweis darüber entscheiden sollte, ob Absolventen zum Studium der Humanmedizin zugelassen werden oder nicht. Richtigerweise hat die WBK-S entschieden, es solle auch künftig darauf verzichtet werden. Die Kantone sind heute aufgerufen, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Eine Ergänzung des Numerus Clausus (oder allenfalls ein Ersatz desselben mittels Praktika) würde die Ausgangslage für die Kantone nicht verbessern, sondern sie vor die Aufgabe stellen, genügend Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen. Eine Zuteilung Studierender auf Basis eines Praktikums wäre zudem schwieriger und kostenintensiver als der heute mittels Numerus clausus durchgeführte Eignungstest, bereits überlastetes Pflegepersonal geriet noch stärker an seine Grenzen. Wichtig ist zudem: Praktika würden die lange Ausbildungsdauer noch verlängern und massiv verteuern. Wir empfehlen dem Ständerat, die Motion abzulehnen.

NEIN zum neuen Eignungstest für das Medizinstudium.

**Klares Nein zur Rasa-Initiative – ohne Gegenvorschlag
17.030 Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten.
SR, 7. Dezember**

Nach Bundesrat und Nationalrat empfiehlt auch die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) ihrem Rat, die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa-Initiative) ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Es ist wichtig, dass auch der Ständerat hier in der Wintersession ein klares Zeichen setzt.

Der mit dem «Inländervorrang light» geschmiedete Kompromiss zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative stellt wohl den kleinstmöglichen Kompromiss dar, den ein Parlament noch realisieren kann. Die Meldung der offenen Stellen ans Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) ist jedoch sinnvoll: Sie erhöht die Chancen inländischer Arbeitssuchender und sie setzt ein gewisses Mass an Druck auf, was die weitere Beschränkung der Zuwanderung angeht.

Die Rasa-Initiative bietet in ihrer möglichen Umsetzung keinen Spielraum. Eindeutig ist auch: Der politische Wille, dem Volk kurz nach Annahme des Zuwanderungsartikels dessen Streichung zu beantragen, ist verschwindend klein. Die Rasa-Initiative ist kein Weg, der zum heutigen Zeitpunkt und im jetzigen Stand der Entwicklungen den nötigen Mehrwert bringen könnte.

Empfehlung: RASA ist ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Ausblick - Sessionsanlass PG BFI Frühjahr 2018

Agenda Sessionsanlass vom Donnerstag, 15. März 2018, ab 12.30 Uhr

**«Das Nationale Forschungsprogramm zur Nachhaltigen Wirtschaft»
Prof. Dr. Gunter Stephan, Präsident der Leitungsgruppe NFP 73
und Prof. Dr. Volker Hoffmann, ETH Zürich**

Donnerstag, 15. März 2018, ab 12.30 Uhr (Lunch) bis 14.30 Uhr im Hotel Bellevue Palace Bern

Beginn der Veranstaltung: 13.00 Uhr

Programm

Ab 12.30	Apéro und Lunch
13.15	Begrüssung und Einführung durch Herr Nationalrat Gerhard Pfister , Präsident der parlamentarischen Gruppe Bildung, Forschung und Innovation PG BFI
13.30	«Das Nationale Forschungsprogramm zur Nachhaltigen Wirtschaft» Prof. Dr. Gunter Stephan Präsident der Leitungsgruppe NFP 73 «Die Schweiz auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft?» Prof. Dr. Volker Hoffmann ETH Zürich
14:00	Fragen - Networking
14.30	Ausklang

Ich freue mich, Sie alle an unserem Sessionsanlass begrüßen zu dürfen.
Gerne nehmen wir Ihre Anmeldung entgegen: info@pqbfi.ch

Die PG BFI engagiert sich für einen attraktiven Forschungsplatz Schweiz, welcher interessante Arbeitsplätze für in- und ausländische Fachkräfte bietet und der (auch weiterhin) als Innovationsmotor für die Schweiz dient. Nur so können Forschung und Innovation ihre Leistungen zum Wohle aller erbringen.

*Ihr Gerhard Pfister, Nationalrat
Präsident der PG BFI*

Parlamentarische Gruppe für Bildung, Forschung und Innovation PG BFI
Nordstrasse 15 - Postfach
CH-8021 Zürich
Telefon +41 44 368 17 11
Telefax +41 44 368 17 70
E-Mail info@pqbfi.ch
Internet www.pqbfi.ch